April 2025

100 Tage Trump – Reaktionen aus Asien

Navigation zwischen Unsicherheit, Anpassung und neuen Optionen

Unter Mitarbeit von:

David Merkle, Johann Fuhrmann, Dr. Adrian Haack, Dr. Denis Suarsana, Paul Linnarz, Victor Frank, Thomas Yoshimura, Daniela Braun, Dr. Angelika Klein, Florian Feyerabend, Moritz Fink, André Algermißen, Pascal Franz, Nikita Hofmann

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 3
China 6
Indien 8
Indonesien 10
Japan 12
Kambodscha 15
Kasachstan 17
Korea 19
Mongolei 21
Philippinen 23
Singapur 25
Thailand 27
Vietnam 29
RP Zentralasien 32

Am 30. April 2025 wird Donald Trumps zweite Präsidentschaft die 100-Tages-Marke erreichen. Nur selten haben gute drei Monate im Amt so viele Veränderungen auf globaler Ebene mit sich gebracht. Mit großer Geschwindigkeit und großer Dringlichkeit reagieren Länder auf der ganzen Welt auf diese Veränderungen. Dies hat auch Folgen für Deutschland und die Europäische Union. Die Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Asien haben ihre Eindrücke darüber gesammelt, welche Strategien in der Region gewählt werden, um der veränderten Situation zu begegnen. Wie bewerten diese Länder die neue US-Regierung unter Präsident Trump? Welche Konsequenzen ziehen sie daraus für ihre wirtschaftlichen sowie außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA?

Die Analysen aus 13 asiatischen Ländern stellen einen schnellen Überblick über eine ganze Bandbreite von Ausgangssituationen und Reaktionen dar – von China über Japan bis Indien. Sie alle eint, dass sie in der Zeit seit Trumps Amtsantritt bereits verschiedene Phasen durchlaufen haben. Innerhalb von Tagen wurden Sonderzölle für asiatische Staaten verkündet und pausiert, mit Ausnahme Chinas. Die Beiträge unserer Büros vor Ort stellen daher eine Momentaufnahme zum Redaktionsschluss am 24. April 2025 dar. Zugleich bieten die Reaktionen in den ersten 100 Tagen wichtige Hinweise darauf, wie Deutschland und Europa die Beziehungen zu den Ländern in Asien während Trumps Präsidentschaft weiterentwickeln können.

Executive Summary

Die Analyse konzentriert sich auf die beiden Politikfelder Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik. In beiden Bereichen wurden die Staaten gruppiert.

In der **Sicherheitspolitik** sind drei Arten zu beobachten, wie die Staaten Präsident Trump wahrnehmen: 1) Sie geraten unter Druck; 2) Sie erwarten keine Veränderungen; 3) Sie erwarten Verbesserungen im bilateralen Verhältnis.

> Traditionelle Verbündete der USA zweifeln an der Verlässlichkeit Trumps und sind von seinen sicherheitspolitischen Forderungen direkt betroffen. Dies betrifft vor allem Japan, Südkorea, aber auch die Mongolei.
>
> Keine Veränderungen in den Sicherheitsbeziehungen zu den USA unter Präsident Trump erwarten Indonesien, Kambodscha, Singapur, Thailand, Vietnam und die postsowjetischen Staaten Zentralasiens.
>
> Hoffnung auf Verbesserungen der sicherheitspolitischen Beziehungen machen sich Indien und die Philippinen.

Hoffnungen auf Verbesserungen der sicherheitspolitischen Beziehungen macht sich jedoch auch China, allerdings nicht in Bezug auf die USA. Vielmehr bemüht sich das Land um eine Verbesserung der sicherheitspolitischen Beziehungen zu den Staaten, die durch Trumps außenpolitische Ansätze unter Druck geraten.

In der **Wirtschaftspolitik** ist die Situation anders. Alle Staaten sind, auf unterschiedlichem Niveau, durch US-Zölle unter Druck geraten. Hier gibt es drei Arten, wie die Staaten auf Präsident Trump reagieren: 1) Sie verändern ihr Verhalten nicht, da sie, trotz der Zölle, keine signifikanten Veränderungen erwarten; 2) sie lassen bislang nicht erkennen, wie sie darauf reagieren wollen; 3) Sie bemühen sich um Verhandlungen mit den USA sowie mit anderen Handelspartnern.

Keine Veränderungen trotz der Zölle erwarten die Philippinen und die postsowjetischen Staaten Zentralasiens.

Ohne erkennbare Reaktion und ohne veröffentlichte Strategie agieren die Mongolei und Singapur.

Verhandlungen mit der Trump Administration wie mit alternativen Handlungspartnern streben Indien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Südkorea, Thailand und Vietnam an.

Ein Sonderfall ist erneut China, da das Land Gegenzölle beschlossen hat.

Die vorliegende Auswertung zeigt, wie stark Trumps "America First"-Doktrin das internationale Staatensystem, seine Institutionen und die Haltungen vieler Regierungen in dieser Region verändert hat. Für Deutschland und die Europäische Union lassen sich daraus mehrere Impulse ableiten.

1. Neugestaltung des Multilateralismus

Die US-Administration unter Donald Trump steht für eine Abkehr von multilateraler Außenpolitik. Die pauschalen Zölle, der Rückzug aus multilateralen Abkommen sowie das in Fragestellen von sicherheitspolitischen Mechanismen der Kooperation und Solidarität verstärken diesen Trend. Diese Entwicklung birgt strategische Unsicherheiten und zwingt zu Neuorientierungen. Etablierte Partner wie Japan, Südkorea und Singapur suchen in dieser Situation verstärkt nach neuen Zusammenschlüssen und minilateralen Plattformen, um ihre Interessen zu wahren.

2. Strategische Ambiguität und Transaktionalismus

Ein wiederkehrendes Muster der US-Außenpolitik ist Unberechenbarkeit. Im Umgang mit Verbündeten wie Rivalen bevorzugt Präsident Trump "Deals". Das Ergebnis sind

kurzfristige, bilaterale Übereinkommen, die mitunter durch hohen politischen und wirtschaftlichen Druck erzwungen werden. Dieser Transaktionalismus motiviert zu strategischer Ambiguität und macht Appeasement-Strategien als Allzweckwaffe in geopolitisch heiklen Fragen wahrscheinlich.

3. Geopolitischer Raumgewinn autoritärer Staaten

Während die USA ihre Rolle als hegemoniale Macht in der Welt zurückbauen, stoßen autoritäre Mächte – allen voran China – in dieses Vakuum vor. China inszeniert sich als Garant von Stabilität und Ordnung, hegt jedoch gleichzeitig weitreichende Ansprüche. Länder im direkten Einflussbereich Chinas wie die Mongolei oder Vietnam müssen ihre außenpolitischen Optionen neu ausrichten. Deutschland und die EU müssen Alternativen zur chinesischer Infrastrukturpolitik anbieten und zugleich daran arbeiten, die Abhängigkeiten von China weiter zu verringern. Ein Schritt dabei dürfte die geplante Ausarbeitung einer neuen China-Strategie sein, die jedoch diesmal klare Maßnahmen benennen muss, die eindeutig priorisiert und mit einem entsprechenden Mittelansatz unterlegt sein sollten.

4. Wirtschaftliche Resilienz

Die großflächige Erhebung von Zöllen betrifft nicht nur China, sondern auch Länder wie Japan, Südkorea, Vietnam oder Indonesien. Viele dieser Staaten sehen sich gezwungen, mit ad-hoc-Kompromissen zu reagieren. Unabhängig von der Weiterentwicklung der Zölle nach der Pausierung wird die Fragmentierung globaler Lieferketten zunehmen. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten dürften genau wie die Preise für deutsche Verbraucher steigen.

5. Verunsicherung als Wendepunkt

Die US-Zölle treffen viele Länder in der Region hart. Aufgrund des riesigen europäischen Binnenmarkts, der hohen Kaufkraft europäischer Konsumenten sowie der zahlreichen hochtechnologischen Unternehmen mit ihren global vernetzten Lieferketten gilt die EU für viele Schwellenländer mit Blick auf die notwendige Diversifizierung der eigenen Handelsbeziehungen als bevorzugter Partner. Trumps Zollpolitik könnte für die EU einen dringend notwendigen Wendepunkt in ihren Handelsverhandlungen mit Schwellenländern weltweit bedeuten.

China

Am 7. November 2024 gratulierte Chinas Staatschef Xi Jinping Donald Trump zu dessen Wahlsieg. Er warb dafür, „den richtigen Weg zu finden, um in der neuen Ära miteinander auszukommen“. Vor und nach dem Wahlkampf kommunizierte Chinas Führung zurückhaltend. Auch die Medien berichteten eher am Rande, denn unter chinesischen Experten bestand breiter Konsens, dass das US-chinesische Verhältnis unabhängig vom Wahlausgang angespannt bleibe.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 forderte US-Vizepräsident J.D. Vance die westliche Staatengemeinschaft heraus: Russlands Angriff auf die Ukraine und die Bedrohung Europas kaum beachtend, stellte er Europas Demokratie infrage. **Chinas Außenminister Wang Yi dagegen bekundete den Willen zur Kooperation mit Europa** und trat für Multilateralismus und offene Märkte ein. Da Präsident Trump sogar Ansprüche auf das Staatsgebiet seiner Partner erhebt, hofft China nun durch den Riss im transatlantischen Verhältnis auf eine Annäherung an Europa.

Im **Ukraine-Friedensprozess** vermitteln derzeit die USA teils zugunsten Russlands. Chinas Außenpolitiker Wang Yi begrüßte auf dem G20-Gipfel 2025 den „Konsens zwischen den USA und Russland“ – eine indirekte Parteinahme für Moskau. Peking bleibt dennoch isoliert, zumal eine US-Russland-Annäherung die strategische Partnerschaft mit China belasten könnte. Wang betonte im März die Stabilität der bilateralen Beziehungen und Chinas Bereitschaft zu konstruktivem Beitrag. Gerüchte über chinesische Friedenstruppen wurden dementiert. Kommentatoren sehen das stockende Tempo auch im begrenzten US-Einfluss auf Moskau. Differenzen zwischen Washington und Kiew unterstreichen die anhaltende Distanz zu einer Friedenslösung. Bezüglich **Taiwan** weigert sich Präsident Trump, die Frage nach der Unterstützung im Falle einer chinesischen Militäraktion zu beantworten. Zugleich, so etwa die Staatszeitung Global Times, reduziere die graduelle Verlagerung der Halbleiterproduktion in die USA Taiwans strategische Bedeutung und zeige, dass „der Trend nationaler Wiedervereinigung zunehmend klar wird“.

China rüstet überproportional zum Wirtschaftswachstum auf und baut neuartige Landungsschiffe. Chinesische Kommentatoren begrüßten zugleich Budgetkürzungen für US-Auslandssender und humanitäre Hilfe, ebenso den Austritt aus dem Klimaabkommen und der WHO. Chinesische Bemühungen, wie z.B. die Belt and Road Initiative, wirken somit glaubwürdiger.

Im **handelspolitischen Bereich** hat sich die bereits angedeutete Verhärtung im US-Chinesischen Verhältnis weiter manifestiert. In mehreren Schritten hat **Präsident Trump**

die Zölle auf Einfuhren aus China auf 145 Prozent erhöht. China reagierte mit einem Zollsatz in Höhe von 125 Prozent auf Einfuhren aus den USA. Trump verschärft damit den Kurs seines Vorgängers, der im September 2024 bereits branchenspezifische Zölle zum Schutz von strategischen Industrien beschlossen hatte. Gleichzeitig verschärfte Biden Exportkontrollmaßnahmen für die Ausfuhr amerikanischer Waren (Dual Use-Güter, Chips) und sanktionierte chinesische Unternehmen (v.a. im Technologiebereich). Peking reagierte seinerseits mit der Implementierung von Zöllen wie Exportkontrollen und erweiterte Genehmigungspflichten für Exporte Seltener Erden und Metalle. Daneben finden handelspolitische Instrumente vermehrt Einsatz auf chinesischer Seite, u.a. im Zuge des chinesischen Anti-Sanktionsgesetzes und anhand von Antidiskriminierungsmaßnahmen, die unter dem chinesischen Außenhandelsrecht Anwendung finden.

Trotz der Verschärfungen unter Biden blieb der gewünschte Effekt bisher aus. Chinesische Produkte bleiben preislich deutlich unter US-Niveau. Trotz Hürden bleibt China ein attraktiver Markt – insbesondere deutsche Unternehmen investieren weiter auf Rekordniveau. Kurz nach Trumps Amtsantritt und US-Ankündigungen zu KI-Investitionen sorgte Ende Januar 2025 der „**Deep Seek“-Schock** für Aufsehen: Ein chinesisches Unternehmen stellte erstmals die technologische Vorherrschaft der USA infrage. Peking nutzt dies außen- wie innenpolitisch zur Demonstration wachsenden Selbstbewusstseins – mit möglicher Auswirkung auf das künftige Verhältnis zu Washington. Letztendlich ist man in Peking darauf aus, **Verhandlungen auf direkter Ebene zwischen Donald Trump und Xi Jinping** zu führen. Auch aufgrund der weiterhin angespannten Marktsituation in China, geprägt von einem nachlassenden Konsum und dem Gespenst einer anhaltenden Deflation, sind die Auswirkungen der US-Zölle wohl fatal. Peking gibt sich nach außen betont souverän und signalisiert, dass man nicht zur Nachgiebigkeit bereit ist. Gespannt analysiert China die Reaktionen Europas und Asiens auf Trumps Zollentscheidungen und auf mögliche Verhandlungen mit den USA. China sieht in der Spaltung des westlichen Lagers die Chance die Zusammenarbeit mit Europa und anderen Staaten zu intensivieren. Dass man sich über einen vermeintlichen Derisking-Kurs der Europäer gegenüber Washington freuen würde, daraus macht man in Peking keinen Hehl mehr.

Indien

Indiens Premierminister Narendra Modi gratulierte Trump am 6. November persönlich zu dessen Wahlsieg. Laut Medienberichten nannte Modi Trump seinen "Freund", während Trump erwiderte, Indien sei für die USA ein "wahrer Freund". Bereits während Trumps erster Amtszeit sollen die beiden eine sehr gute persönliche Beziehung gehabt haben. Gleichwohl war Indien bislang nicht bereit, eine offizielle Allianz mit den USA zu gründen. Seit der Unabhängigkeit 1947 verfolgt Indien eine Außenpolitik der Blockfreiheit bzw. **Non-Alignment**. Inzwischen bevorzugt es Indien, von Multi-Alignment zu sprechen. Im Kern läuft es aber darauf hinaus, dass bis heute kein anderer Staat eine tragende Säule in der Außen- und Sicherheitspolitik Indiens ist. Neu-Delhi hat seine **sicherheitspolitischen Gleichungen** so formuliert, dass sie kein Staatenbündnis und möglichst auch keinen anderen einzelnen Staat beinhalten. Eine Ausnahme stellt Russland dar, da es über lange Zeit das einzige Land war, das den Rüstungs- und Energiebedarf Indiens kostengünstig decken konnte und auch wollte – diese Abhängigkeit versucht Indien aber schon seit Langem zu lösen. Der Regierungswechsel in den USA ist deshalb für Indien von sekundärer Bedeutung, weil es, anders als in Deutschland, keine Auswirkungen auf die großen Linien der Außen- und Sicherheitspolitik hat.

Die USA haben 1965 alle **Rüstungskooperationen** mit Indien eingestellt. Erst in der Amtszeit von Singh (2004-2014) wurden diese wieder aufgenommen. Doch in diesen zwei Jahrzehnten wurde die US-amerikanische Rüstungsindustrie zu keiner tragenden Säule bei der Ausrüstung der indischen Streitkräfte, die überwiegend russische Systeme nutzt. Diese Abhängigkeit plant Indien zu beenden, daher sind die Hoffnungen groß, unter Trump werde man US-Rüstungsgüter erhalten können. In seiner ersten Amtszeit hatte Trump bereits einige Gesuche Indiens, die lange von Verwaltungsprozessen aufgehalten und nicht beantwortet wurden, beschleunigt. Beim Staatsbesuch Modis in Washington im Februar 2025 kündigte Trump bereits gemeinsame Rüstungsprojekte an.

Dennoch bestehen Hürden im bilateralen Verhältnis. Trumps sogenannter Taliban-Deal wurde in Indien nicht vergessen. Indien hatte für seine Verhältnisse sehr große Summen in die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan investiert, um das Land und damit die eigene Nachbarschaft dauerhaft zu stabilisieren. Diese Investments wurden unter der Prämisse geleistet, dass die USA die politische Stabilität in Afghanistan sicherstellen. Die Machtübernahme der Taliban wird entsprechend als großes Ärgernis wahrgenommen, dass man Trump und nicht Biden anlastet.

Bei der Amtsanführung von Donald Trump erhielt der indische Außenminister einen Platz in der ersten Reihe, sehr nah am Rednerpult. Trump weiß, dass in Indien solche Gesten

wahrgenommen werden. Die Trump-Administration profitiert zudem davon, dass J.D. Vance mit einer indischstämmigen Amerikanerin verheiratet ist und nach hinduistischem Ritus geheiratet hat. Weniger bekannt ist, dass Tulsi Gabbard, die nationale Geheimdienstkoordinatorin, ebenfalls Hindu ist. Auch der Trump-Supporter und republikanische Politiker Vivek Ramjaswamy ist in Indien bekannt und beliebt.

Während der Washington-Reise vom Premierminister Modi trat ein weiterer Konflikt bezüglich der **Handelspolitik** zu Tage. Trump kritisierte öffentlich Indiens hohe Einführzölle für ausländische Waren. Tatsächlich exportiert Indien mehr in die USA als es importiert. Im Geschäftsjahr 2023-2024 entstand immerhin ein Handelsüberschuss von 35 Milliarden US-Dollar. Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass Indien mit allen anderen großen Volkswirtschaften, namentlich China, Deutschland und Japan, eine negative Handelsbilanz hat. Trump hat hier tatsächlich einen Punkt. Die indische Regierung weiß, dass höhere Einführzölle in die USA, gerade der starken Pharma- und IT-Branche, die die Zugpferde des indischen Wirtschaftswachstums sind, sehr gefährlich werden können.

In Washington einigten sich Trump und Modi auf einen "**trade deal**" in der Größenordnung von 500 Mrd. USD, der noch in diesem Jahr abgeschlossen werden sollte. Nachdem Indien am 2. April mit Sonderzöllen von 26% belegt werden sollte, löste der kurz darauf ausgerufene 90-tägige "Handelsfrieden" große Erleichterung in Neu-Delhi aus. Diese Pause will Indien nun nutzen, um eine bessere Einigung zu erzielen. Der indische Handelsminister legte besonderen Wert darauf zu betonen, dass sowohl die USA als auch Indien in den vergangenen Jahren immer wieder unter der unfairen Handelspolitik Chinas gelitten hätten. In dem Konflikt, der sich nun zwischen China und den USA austrägt, würde Indien mit erhöhter Wachsamkeit gegen ein mögliches Import-Dumping aus China vorgehen.

Indonesien

Nach Trumps Amtsantritt war der indonesische Blick auf die zukünftigen Beziehungen mit den USA zunächst entspannt bis optimistisch. Präsident Prabowo Subianto hatte nach seinem eigenen Amtsantritt im Rahmen einer US-Reise im Dezember 2024 ein freundliches Telefonat mit dem damals noch designierten US-Präsidenten geführt.

Sicherheitspolitisch spielt Indonesien in der Region eine untergeordnete Rolle. Zum einen hat es keine größeren territorialen Streitigkeiten mit China im Südchinesischen Meer. Zum anderen versperrt es sich trotz seiner Größe einer gestalterischen regionalen Rolle insbesondere hinsichtlich der sicherheitspolitischen Herausforderungen im Südchinesischen Meer. Die verteidigungs- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA begrenzt sich vor allem auf eine gemeinsame Militärübung sowie den Kauf von militärischem Equipment aus den USA. Bisher scheint es hier keine Veränderungen unter Trump zu geben. Anders als etwa die Philippinen oder Vietnam, steht Indonesien damit nicht in einem sicherheitspolitischen Abhängigkeitsverhältnis mit den USA.

Wirtschafts- und handelspolitisch hatte sich die indonesische Regierung sogar eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA unter Trump erhofft. So hatte die Regierung versucht, in Verhandlungen mit der Trump-Administration zu Mini-Deals etwa im Bereich Rohstoffe zu treten – in der Annahme, dass die USA hier pragmatischer als unter Biden auftreten würden. Zudem hatte man sich mehr amerikanische Investitionen in digitale Infrastruktur und Rohstoffverarbeitung sowie in damit verbundene Industrien (Elektromobilität, Halbleiter) erhofft. Diese Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Diese entspannte Haltung hat sich am Trumps **“Liberation Day”** am 2. April schlagartig geändert. Indonesien wurde mit einem Zollsatz von 32% belegt: Für Wirtschaft und Regierung ein großer Schock. Die USA sind Indonesiens zweitgrößter Exportmarkt. Dabei verfügte Indonesien mit den USA 2024 über einen Handelsüberschuss von 16,8 Mrd. US-Dollar. Indonesien hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 26,3 Mrd. US-Dollar in die USA exportiert – vor allem elektronische Ausrüstungsgüter, Kleidung, Schuhe sowie Palmöl und Gummi. Diesen Exporten stehen lediglich Importe aus den USA im Wert von 9,5 Mrd. US-Dollar gegenüber. Das Potenzial, wirksame Gegenzölle einzuführen, ist für die indonesische Seite damit gering – auch weil Indonesien bereits relative hohe Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse anwendet.

Vom 16. bis 23. April führte eine **hochrangige indonesische Delegation** unter Leitung des koordinierenden Wirtschaftsministers Airlangga Hartarto in Washington Gespräche über die Aufnahme von Handelsverhandlungen mit den USA. Neben Airlangga waren u.a. Außenminister Sugiono, Finanzministerin Sri Mulyani sowie der Vize-Finanzminister und

Neffe des Präsidenten, Thomas Djiwandono, Teil der Delegation. Die Zusammensetzung zeigt deutlich, welch hohen Stellenwert die indonesische Regierung den Verhandlungen einräumt. Laut Wirtschfaftsminister Airlangga haben sich beide Seiten darauf geeinigt, die Verhandlungen innerhalb von 60 Tagen abzuschließen. Dabei sollen Möglichkeiten einer Investitions- und Handelspartnerschaft, der Zugang zu kritischen Rohstoffen sowie der Aufbau von Lieferketten diskutiert werden.

Die eigene Verhandlungsmacht ist angesichts des geringen Umfangs amerikanischer Exporte nach Indonesien gering. Am vielversprechendsten wäre wahrscheinlich ein Angebot, den USA einen verbesserten Zugang zu indonesischen Rohstoffen wie Nickel, Kupfer und Gold zu ermöglichen. Zudem könnte die indonesische Regierung amerikanischen Gütern einfacheren Marktzugang durch die Vereinfachung von Handelshemmnissen und das Aussetzen von Zöllen einrichten. Schließlich hat Indonesien angeboten, seinen **Handelsüberschuss mit den USA zu verringern**, indem etwa mehr amerikanische Güter wie Weizen und Baumwolle, Elektroprodukte oder auch Equipment zur Öl- und Gasförderung importiert werden. Viele dieser Vorschläge sind in Indonesien selbst allerdings hoch umstritten, da sie die heimische Industrie und Landwirtschaft weiter schwächen könnten.

Auch wenn der Handel mit den USA nur rund 2% der indonesischen Wirtschaftsleistung ausmachen, **würden die US-Zölle die indonesische Wirtschaft hart treffen**. Die Wirtschaft hat sich unter Präsident Prabowo ohnehin abgeschwächt, die Aktienkurse haben seit Jahresbeginn deutlich nachgelassen und der Rupiah ist so schwach wie seit der Asienkrise 1998 nicht mehr. Ausländische Investoren ziehen ihr Geld ab. Die indonesische Industrie, vor allem im Bereich Textil und Schuhe (Bereiche, die besonders abhängig vom US-Markt sind), ist bereits seit Jahren in der Krise. Zudem würde die indonesische Wirtschaft auch die Auswirkungen einer globalen wirtschaftlichen Abschwächung im Zuge der US-Zollpolitik zu spüren bekommen.

Präsident Prabowo hatte unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Probleme bereits angekündigt, u.a. die nicht-tarifären Handelshemmnisse und weitere Investitionshemmnisse grundsätzlich abbauen zu wollen. Das würde nicht nur in etwaigen Verhandlungen mit den USA helfen, sondern auch anderen Handelspartnern den Marktzugang erleichtern. Indonesien wird – wie auch andere von den US-Zöllen hart getroffene südostasiatische Staaten – seine Handelsbeziehungen noch starker **diversifizieren** müssen. Das ist vor allem für die EU eine große Chance.

Japan

Die neue US-Regierung stellt Japan vor Herausforderungen. Premierminister Shigeru Ishiba hatte in einem Telefonat am 7. November Trump zum Wahlsieg gratuliert und sich um ein persönliches Treffen vor Amtsantritt bemüht. Trump hatte ihm dieses Treffen jedoch verwehrt, anders als Shinzo Abe nach Trumps Wahlsieg 2016.

Die erste Zusammenkunft der beiden Regierungschefs verlief Anfang Februar im Weißen Haus dann überraschend freundlich und einvernehmlich. Das hielt Trump jedoch nicht davon ab, auf japanische Autos und Autoteile, Stahl- und Aluminiumerzeugnisse Importzölle in Höhe von 25 Prozent zu erheben. Anfang April kündigte der US-Präsident beim „Liberation Day“ dann an, auch andere japanische Importprodukte mit „gegenseitigen“ Zöllen von 24 Prozent zu belegen. Ishiba bezeichnete die **US-Importzölle** als „äußerst bedauerlich und enttäuschend“. Die Zölle würden „enorme Auswirkungen nicht nur auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den USA, sondern auch auf die Weltwirtschaft insgesamt haben“.

Unmittelbar nach dem **“Liberation Day”** führte der Premierminister mit Trump ein erstes Telefonat. Im Anschluss versicherte US-Finanzminister Scott Bessent, Tokio habe bei den weiteren Verhandlungen „Vorrang“. Als dann Japans Wirtschaftsminister Ryosei Akazawa nur eine Woche später für die Auftaktrunde mit Bessent und US-Handelsminister Howard Lutnick nach Washington kam, ließ Trump es sich nicht nehmen, den japanischen Chefunterhändler für einen fast einstündigen Termin zunächst selbst zu treffen. Akazawa hatte von dem Termin im Oval Office erst auf seinem Hinflug erfahren. Premierminister Ishiba kommentierte den Umstand, dass sich der US-Präsident von Anfang an selbst an den Verhandlungen beteiligen wollte, mit den Worten: „So einen Fall habe ich in meiner 40-jährigen Karriere noch nie erlebt.“ Der neue US-Botschafter in Japan, George Glass, äußerte sich, da Trump selbst involviert sei, bereits „extrem optimistisch“ über die Aussichten für eine bilaterale Handelsvereinbarung.

Tokio setzt dafür auf **Deeskalation und konkrete Angebote**. So deutete Premierminister Ishiba an, die Einfuhr von mehr Flüssiggas aus den USA zu erwägen. Japanische Medien berichten, dass die Regierung überdies einige nichttarifäre Handelshemmnisse für den Import US-amerikanischer Automobil- und Agrarprodukte aufheben oder lockern könnte. Die Vereinigten Staaten behaupten nicht erst seit diesem Jahr, dass die japanischen Sicherheitsvorschriften für importierte Autos zu streng seien und die US-Hersteller benachteiligten. Ähnliche Vorwürfe erhebt Washington seit Jahren auch für die Einfuhr von Reis und Sojabohnen aus den USA. Die Agrarimporte könnten jetzt erneut auf dem Verhandlungstisch landen; Zugeständnisse bei den Vorschriften für die Lebensmittelsicherheit schließt Premierminister Ishiba aber aus.

Das **US-Handelsdefizit** gegenüber Japan betrug zuletzt rund 63 Milliarden Euro. Japanische Autos markieren mehr als ein Viertel aller Ausfuhren in die USA. Mit den von Washington angekündigten Zöllen drohen den japanischen Autoherstellern und Zulieferern Einbußen von umgerechnet über 11 Milliarden Euro. Zur japanischen Autoindustrie zählen inklusive Zuliefererfirmen rund 60.000 Unternehmen. Sie beschäftigen mehr als fünf Millionen Arbeitskräfte, rund acht Prozent aller Beschäftigten, und tragen etwa drei Prozent zum japanischen Bruttoinlandsprodukt bei. Trotz der aktuellen Befürchtungen können sich die Vereinigten Staaten aus drei Gründen aber nicht leisten, Japan in eine Wirtschaftskrise abdriften zu lassen.

Erstens investiert der Inselstaat seit Jahren mehr in den USA als alle anderen Länder. Bei seinem Besuch in Washington kündigte Ishiba im Februar an, das japanische Engagement auf knapp 960 Milliarden Euro ausweiten zu wollen. Laut dem japanischen Wirtschaftsforschungsinstitut RIETI bleiben die USA langfristig führend in Spitzentechnologie. Japan solle daher seine transatlantischen Wissensnetzwerke stärken. Auslandsinvestitionen mit Forschungskomponente steigerten die Innovationskraft der Unternehmen. Zugleich tragen ein schwacher Yen und Auslandserträge zunehmend zum **Leistungsbilanzüberschuss** bei. Tokio wirbt mit einer neuen „FDI Task Force“ – auch in Los Angeles – gezielt um US-Investitionen.

Zweitens ist China neben den USA der größte Handelspartner Japans. Eine Zuspitzung der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten würde den Einfluss der Volksrepublik auf die japanische Wirtschaft weiter stärken. Tokio bemüht sich deshalb, zwischen beiden Ländern eine Balance zu finden. Erst Ende März vereinbarten der südkoreanische, chinesische und japanische Handelsminister in Seoul beschleunigte Verhandlungen über **ein neues, trilaterales Freihandelsabkommen**. Die drei Minister sagten zu, die WTO umfassend zu reformieren, um ihre Handlungsfähigkeit in handelspolitischen Fragen zu stärken.

Das trilaterale Handelsministertreffen in Seoul fiel zeitlich nicht ohne Grund mit dem Besuch von US-Verteidigungsminister Pete Hegseth in Tokio zusammen. Die Vertiefung der **sicherheitspolitischen Kooperation** mit Japan hat für Washington „oberste Priorität“. So schnell wie möglich solle die japanische Regierung wenigstens drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren, hatte während seiner Senatsanhörung US-Botschafter George Glass gefordert. Darüber hinaus will Glass die japanische Regierung „zweifellos“ dazu drängen, mehr Geld für die Stationierung der US-amerikanischen Truppen bereitzustellen. Die dafür im Special Measures Agreement (SMA) vereinbarte Lastenteilung muss 2027 zwischen Tokio und Washington neu verhandelt werden. Würde Japan in eine massive Wirtschaftskrise abdriften, hätte das für die von Washington angestrebte „robuste, einsatzbereite und glaubwürdige

Abschreckung im indopazifischen Raum, einschließlich der Straße von Taiwan“, massive Folgen. Vielleicht wurden beim Besuch von US-Verteidigungsminister Hegseth im Tokio deshalb bewusst keine konkreten Zahlen besprochen. "Es war“, frohlockte dessen japanischer Amtskollege Gen Nakatani, „als würden die Blumen mit uns die strahlende Zukunft des Bündnisses feiern, die vor uns liegt." Bei seinem Gespräch mit Wirtschaftsminister Akazawa im April hat Donald Trump eine **Erhöhung des japanischen Kostenanteils für die Stationierung der amerikanischen Truppen** dann aber erneut zur Sprache gebracht. Für den US-Präsidenten ist das amerikanisch-japanische Bündnis eine “interessante Vereinbarung”, wonach “wir sie schützen müssen, aber sie müssen uns nicht schützen”. Insgesamt besteht, so Akazawa, „immer noch eine beträchtliche Kluft zwischen den beiden Seiten, so dass die Aussichten nicht unbedingt rosig sind.“ Gleichzeitig sieht der japanische Verhandlungsführer inzwischen ein “schwaches Licht” am Ende des Tunnels.

Kambodscha

Premierminister Hun Manet hat Donald Trump am 7. November in einem Brief zu dessen Wahlsieg gratuliert und mit der Hoffnung auf Frieden und Stabilität verbunden. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels hat die Trump-Administration Zölle gegen alle Länder der Welt angekündigt und einen **globalen Handelskrieg** ausgerufen. Der so genannte „Liberation Day“ (Tag der Befreiung) hat Schockwellen in der ganzen Welt ausgelöst. Als Trump seine Zolltabelle vorstellte, befand sich unter den zwei Dutzend Ländern, die darauf aufgeführt waren, auch Kambodscha, das zusätzlich zu den allgemeinen 10 % mit einem „ermäßigten“ gegenseitigen Zoll von 49 % belegt wurde.

Die **USA sind Kambodschas größter Exportmarkt** mit einem Wert von 9,9 Milliarden Dollar im Jahr 2024, was mehr als 37 % der gesamten Exporte des Landes ausmacht - die meisten davon sind Bekleidung, Reiseartikel und Schuhe. Die Zölle in Höhe von 59%, aktuell für 90 Tage pausiert, wirken sich insbesondere auf die oben genannten Branchen sehr negativ aus. Nach Angaben der International Labour Organization (ILO) sind diese Branchen mit fast einer Million Arbeitsplätzen einer der größten Arbeitgeber des Landes. Diese überwiegend weiblichen Beschäftigten laufen Gefahr, ihren Lebensunterhalt zu verlieren und in die Armut gedrängt zu werden, wenn die in chinesischem Besitz befindlichen Fabriken ihre Produktion drosseln oder wegen der Zölle den Betrieb einstellen. Dies könnte auch politische Konsequenzen nach sich ziehen, da die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bekleidungsindustrie aufgrund der großen Zahl der Wählerinnen und Wähler seit jeher an den Wahlurnen ein gewichtiges Wort mitzureden haben und ihre Wut im Falle einer Massenarbeitslosigkeit höchstwahrscheinlich auf die aktuelle Regierung richten würden. Kurzfristig ist es für Kambodscha unmöglich, seine Ausfuhren anderweitig zu diversifizieren.

Dies könnte der erste Lackmustest für die Regierung unter Premierminister Manet sein, mit potentiell schwerwiegenden Folgen. Es scheint jedoch, dass die Regierung einen Schritt in die richtige Richtung macht - sie nimmt Trump ernst. Seit der Zoll-Ankündigung hat der Handelsminister ein Video veröffentlicht, in dem er die tatsächlichen Zölle für US-Produkte erläutert und der Öffentlichkeit versichert, dass die Regierung Dringlichkeitssitzungen mit allen relevanten Fachministerien und dem Privatsektor einberufen hat, um Input für die nächsten Schritte zu liefern. Am darauffolgenden Tag folgten schnelle Maßnahmen in Form von zwei offiziellen Schreiben, eines des Premierministers an Präsident Trump und eines des Handelsministers an den US-Handelsbeauftragten. **Kambodscha ist bereit, zu verhandeln und keine Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen.** Als Geste des guten Willens hat die Regierung Zollsenkungen für 19 Produktkategorien vorgeschlagen, darunter Fleisch, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge. Damit würden die derzeitigen Sätze

von 7 % bis 35 % auf einen Basissatz von 5 % gesenkt. Dieser Schritt wirkt deeskalierend und bietet Raum für Verhandlungen. Der Nachbar Vietnam hat ähnlich gehandelt, hier besteht somit Potential für gemeinsame Verhandlungen mit den USA. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Zollsenkungen allein ausreichen, um die USA an den Verhandlungstisch zu bringen.

In den Beziehungen zwischen Kambodscha und den USA gab es in den letzten Jahren vor allem **zwei sicherheitspolitische Krisenherde**: Den Marinestützpunkt Ream und in jüngerer Zeit Fragen im Zusammenhang mit Betrug. 2019 erschienen Berichte, dass Kambodscha eine Vereinbarung mit China unterzeichnet hatte, die dem chinesischen Militär Zugang zum Marinestützpunkt Ream gewährte. Im darauffolgenden Jahr wurde eine von den USA finanzierte Einrichtung auf demselben Stützpunkt abgerissen. Die daraus resultierenden Spannungen hielten an, als chinesische Korvetten des Typs 56 für mehrere Monate am Marinestützpunkt Ream andockten, bis später bekannt wurde, dass zwei der gleichen Modelle an Kambodscha geschenkt und Anfang 2025 ausgeliefert werden sollen. Im vergangenen Jahr traf der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin mit Premierminister Manet zusammen, um diese Bedenken direkt anzusprechen. Dies wird für Washington ein ständiges Problem bleiben, insbesondere nach der Einweihung des von China finanzierten Ausbaus des Marinestützpunkts Ream, dem Beginn der gemeinsamen Militärübung Golden Dragon 2025 zwischen China und Kambodscha und dem offiziellen Besuch von Präsident Xi in Kambodscha während des Khmer-Neujahrs. Allerdings hat Premierminister Manet bei der Amtseinführung auch bekräftigt, dass Kambodscha sich an seine Verfassung halten und keine ausländische Militärbasis auf kambodschanischem Boden zulassen wird. Ein weiterer Streitpunkt sind die betrügerischen Verbindungen, die sich direkt auf amerikanische Bürger und sowie auf die nationale Sicherheit der USA auswirkten. Nach Angaben des aufgelösten United States Institute for Peace (USIP) werden in Kambodscha jährlich rund 12,5 Milliarden Dollar durch Cyberbetrug erwirtschaftet, was einem Viertel des kambodschanischen BIP entspricht. In dem Bericht wird auch behauptet, dass diese Aktivitäten durch lokale Eliten durchgeführt werden. Ein prominenter Senator und Unternehmer wurde von den USA wegen seiner angeblichen Verbindungen zu diesen Operationen sanktioniert.

Es ist klar, dass die Trump-Administration die Zölle als politisches Druckmittel einsetzen wird, um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Probleme zu lösen. Daher sollte Kambodscha weiterhin diplomatisch mit den USA verhandeln und die strittigen Fragen ansprechen, in der Hoffnung, dass die Zölle gesenkt werden und die Wirtschaft wieder zur Normalität zurückkehrt. Dies könnte eine Gelegenheit für Phnom Penh sein, seine Beziehungen zu Washington zu verbessern. Peking wird die Beziehungen genau beobachten. Und für ein kleines Land wie Kambodscha gilt, wie Premierminister Manet sagte, dass “wir niemanden als Feind betrachten und stattdessen mit jedem Freundschaft schließen sollten.”

Kasachstan

Am 5. Dezember gratulierte der kasachische Präsident Qassym-Schomart Tokajew Donald Trump zu dessen Wahlsieg. Später sagte Tokajew, Kasachstan sei ein wichtiger strategischer Partner der USA und werde Arbeitskontakte auf "hoher Ebene" zur neuen Administration pflegen. US-Außenminister Rubio bezeichnete später Kasachstan als verlässlichen Partner.

Kasachstan reagiert auf die **außenpolitische** Neuaufstellung der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump mit **vorsichtiger Anpassung**. Die Errichtung eines neuen US-Konsulats in Almaty belegt die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen auf hohem Niveau. Gleichzeitig verfolgt Kasachstan eine dezidiert neutrale Linie im Ukraine-Konflikt, wobei man sich auf die Prinzipien der UN-Charta beruft, ohne russische Interessen offen zu konterkarieren.

Die strategische Zusammenarbeit in den Bereichen **Terrorismusbekämpfung** und nukleare Nichtverbreitung bleibt bestehen. Das Präzedenzmodell der humanitären Rückführungsmission „Dschusan", bei der radikalisierte Frauen vom IS zurück in ihre Heimat, darunter auch Kasachstan, gebracht wurden, könnte unter veränderten globalen Sicherheitsbedingungen als Blaupause für zukünftige Kooperationen dienen. Der Balanceakt zwischen sicherheitspolitischer Kooperation mit den USA und der Rücksichtnahme auf russische Sensibilitäten bleibt kennzeichnend für die kasachische Außenpolitik.

Der **bilaterale Handel** zwischen den USA und Kasachstan erreichte 2024 mit 3,3 Milliarden US-Dollar ein Rekordniveau. Gleichzeitig birgt die energiepolitische Agenda Trumps, vor allem bezüglich der Ausweitung amerikanischer Ölexporte, Risiken für den kasachischen Staatshaushalt. Bereits heute belasten rückläufige Ölpreise das Budget. Das Haushaltsdefizit in Höhe von 2,2 % des BIP soll unter anderem durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Während US-Konzerne wie Chevron und ExxonMobil ihre Präsenz im kasachischen Energiesektor ohne Einschränkungen fortsetzen, verweigert die Regierung unter Präsident Tokajew jede Änderung bestehender Vertragsbedingungen – auch aus Sorge vor negativen Reaktionen aus Washington. Zugleich signalisiert Kasachstan Offenheit gegenüber westlichen Sanktionsregimen: Die Regierung bemüht sich aktiv darum, nicht als Transitland für Umgehungsgeschäfte zugunsten Russlands zu fungieren.

Die Suspendierung von USAID- und NED-Programmen untergräbt die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in Kasachstan erheblich. Förderstrukturen für demokratische Partizipation, Pressefreiheit und verantwortungsvolle Regierungsführung

sind deutlich geschwächt. Auch im Gesundheits- und Justizsektor steht der Fortbestand reformorientierter Programme infrage.

Diese Entwicklungen werden innenpolitisch flankiert von konservativen bis autoritären Tendenzen: In Politik und Parlament mehren sich Stimmen, die eine kasachische Variante des russischen „Agentengesetzes“ fordern. Der Diskurs um „traditionelle Werte“ und die Abwehr „westlicher Einflüsse“ wird zunehmend staatlich befördert und gewinnt ideologische Schärfe – befeuert durch das internationale Klima unter Trump.

Kasachstan begegnet der zweiten Trump-Präsidentschaft mit einer **doppelten Strategie**: außenpolitisch kooperativ, aber vorsichtig; wirtschaftlich offen, aber haushaltspolitisch unter Druck; innenpolitisch zunehmend autoritär und auf nationale Selbstvergewisserung bedacht. Der strategische Balanceakt zwischen den Großmächten USA, Russland und China bleibt zentrales Paradigma der kasachischen Außenpolitik – allerdings unter verschärften Bedingungen und wachsender innenpolitischer Abschottung.

Korea

Die Rückkehr von Donald Trump als US-Präsident stellt Südkorea vor bedeutende wirtschafts- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Während Trumps erste Amtszeit (2017–2021) durch einen unkonventionellen Führungsstil und eine "America First"-Politik geprägt war, scheint seine zweite Amtszeit erneut protektionistische Wirtschaftsmaßnahmen und veränderte Sicherheitsstrategien mit sich zu bringen, die eine Belastung auch im Verhältnis zu Seoul bedeuten.

Dabei ist das Timing besonders ungünstig. Nach der kurzzeitigen Ausrufung des Kriegsrechts Anfang Dezember 2024 wurde der südkoreanische Präsident suspendiert und im April seines Amtes enthoben. Im Juni wird es zu **Neuwahlen** kommen, ein Sieg des Oppositionskandidaten gilt als wahrscheinlich. Trotz des Wahlkampes erscheint ein **Festhalten an der bilateralen Allianz mit den USA** als dominanter Faktor der Außen- und Wirtschaftspolitik alternativlos. Entsprechend zeigen beide politische Lager klare Bemühungen, diese im Interesse ihres Landes zu gestalten: Der suspendierte Präsident hatte sich in der Tradition des früheren japanischen Premierministers Abe früh um ein persönliches Verhältnis zum Kandidaten Trump bemüht und mit Gesangseinlagen und Golfstunden Schlagzeilen gemacht; die südkoreanische Opposition soll Präsident Trump Ende Januar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen haben. Zunächst lässt die unsichere innenpolitische Lage Südkorea allerdings verletzlich erscheinen. Es bestehen Sorgen, Trump könnte Südkorea als "leichten Sieg" betrachten. Seine transaktionale Sichtweise auf Allianzen könnte zu erhöhtem Druck auf Seoul führen, finanzielle Zugeständnisse zu machen oder sicherheitspolitische Vereinbarungen neu zu verhandeln. Im Wahlkampf hatte er von einer Erhöhung der südkoreanischen Beiträge für die ca. 28.000 US-Soldaten im Land von etwa 1 Milliarde USD pro Jahr auf das Zehnfache gesprochen. Trotz nachvollziehbarem Fokus auf die innenpolitischen Turbulenzen beschäftigen das Verhältnis zur Trump-Regierung und vor allem deren tatsächliche Initiativen in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit die Südkoreanerinnen und Südkoreaner daher besonders, Handels- und Sicherheitspolitik stehen im Vordergrund.

Wirtschaftspolitisch führte Trumps protektionistischer Ansatz, einschließlich der Forderung nach Neuverhandlungen des Korea-US-Freihandelsabkommens (KORUS FTA), bereits in der Vergangenheit zu Spannungen. Seoul sieht sich im Zentrum des geopolitischen Spannungsfelds zwischen den USA und China. Verschärfte Sanktionen gegen China könnten südkoreanische Unternehmen ebenso schaden. Laut aktuellen Meldungen planen Südkorea, China und Japan daher eine gemeinsame **Reaktion auf US-Zölle**, um wirtschaftliche Schäden zu minimieren.

Auch die nächste südkoreanische Regierung ist gut beraten, die **Handelsbeziehungen weiter zu diversifizieren** und die Wirtschaftskooperation mit der EU, ASEAN und anderen Partnern auszubauen. Es liegt im südkoreanischen Interesse, seine technologische Eigenständigkeit weiter zu stärken und Investitionen in kritische Technologien wie Halbleiter und Batterien voranzutreiben, um die Abhängigkeit von den USA zu verringern und die eigene strategische Bedeutung zu erhöhen. Eine Abkehr von den USA ist allerdings angesichts der enormen Bedeutung der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen nicht zu erwarten. Über die letzten Jahre hatten die südkoreanischen Unternehmen auch zur Reduzierung von Abhängigkeiten gegenüber China vor allem auf Investitionen in Produktionsstätten in den USA gesetzt. Im Technologiebereich scheint sich ein Wettbewerb um die Gunst des US-Präsidenten unter den US-Alliierten zu entwickeln.

Während seiner ersten Amtszeit hinterfragte Trump die **sicherheitspolitischen Beziehungen**, stellte wiederholt die Kosten für die US-Truppenpräsenz in Südkorea infrage und forderte eine signifikante Erhöhung südkoreanischer Zahlungen. Eine erneute Forderung nach Truppenreduzierungen oder gar einem teilweisen Abzug könnte die Sicherheitslage in der Region massiv destabilisieren. Südkoreaner zweifeln zunehmend an der Zuverlässigkeit der US-Alliierten, besonders beim nuklearen Schutzschirm, und diskutieren eine Stärkung ihrer militärischen Fähigkeiten. Dennoch sind die US-Sicherheitsgarantien gegen die Bedrohung durch Nordkorea unersetzlich.

Absehbar wird Südkorea seine Verteidigungsausgaben steigern und insbesondere in Raketenabwehr und Cyberverteidigung investieren, sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit seiner Rüstungsindustrie erhöhen. Darüber hinaus scheint es für Seoul opportun, die Zusammenarbeit mit Japan, Australien und der NATO auszubauen, um Abhängigkeiten von den USA zu reduzieren.

Ein besonderes Thema bleibt für Seoul allerdings der **Umgang mit Nordkorea**. Trump setzte in seiner ersten Amtszeit auf persönliche Diplomatie mit Nordkorea – ohne nachhaltige Erfolge. Eine Wiederaufnahme, auch gegen südkoreanische Interessen, gilt als möglich. Daher fordert Seoul eine Rolle in den Gesprächen, bleibt jedoch skeptisch. Positive Zeichen ergeben sich aus den inzwischen wiederholten Bekenntnissen der US-Regierungsmitglieder zu den Allianzen im Indo-Pazifik und auch der trilateralen Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea, in deren Mittelpunkt weiterhin die Bedrohung durch Pjöngjang steht.

Mongolei

Am Tag der Inauguration Trumps bezeichnete der Premierminister der Mongolei, Oyun-Erdene, dessen Präsidentschaft als "großartige Möglichkeit", um die bilateralen Beziehungen zu stärken. Dennoch markiert die zweite Präsidentschaft von Donald Trump aus Sicht der Mongolei eine Zäsur in den internationalen Beziehungen. Die USA unter Trump zeigen erneut eine deutliche Abkehr von multilateralen Verpflichtungen, normbasierter Außenpolitik und globaler Führungsrolle. Für ein Land wie die Mongolei, das außenpolitisch auf die sogenannte Drittnachbarpolitik setzt – also strategische Partnerschaften mit demokratischen Drittstaaten zur Balance zwischen China und Russland –, ist diese Entwicklung von erheblicher Bedeutung.

Die **Sicherheitspolitik** der Trump-Administration stellt die Mongolei vor Herausforderungen. Seine erneute Bereitschaft, Einflusssphären anzuerkennen – wie dies in Äußerungen zum russischen Einfluss in der Ukraine und Osteuropa zum Ausdruck kam – wirft in Ulaanbaatar die Frage auf, ob die USA in Zukunft regionale Machtansprüche Chinas und Russlands stillschweigend akzeptieren werden. Außenpolitische Experten in Ulaanbaatar diskutieren inzwischen offen, in wessen geopolitischen Einflussbereich die Mongolei künftig fällt – eine Debatte, die vor wenigen Jahren noch undenkbar schien.

In Reaktion darauf rücken **realpolitische Überlegungen** stärker in den Vordergrund. Die Mongolei setzt zunehmend auf ad-hoc-Kooperationen, etwa im Rahmen des Uranabbaus mit Frankreich – allerdings nur in Abstimmung mit China oder Russland. Diese Strategie dient dazu, außenpolitische Spielräume zu bewahren und gleichzeitig Abhängigkeiten zu schaffen, die der Sicherung der eigenen Souveränität dienen.

Gleichzeitig **verliert die USA an Vertrauen als verlässlicher Partner**. Der abrupte Stopp von USAID-Projekten und die Schließung von US-nahen Institutionen wie dem International Republican Institute oder der Asia Foundation werden als Signal gewertet, dass langfristige US-Engagements keine Priorität mehr haben. Damit gerät auch das bisherige außenpolitische Leitbild der Mongolei – werteorientiert, multilateral, westlich – zunehmend unter Druck.

Die **wirtschaftliche Dimension** der Trump-Politik trifft die Mongolei ebenfalls spürbar. Trumps protektionistische Handelspolitik – einschließlich der Renationalisierung von Lieferketten und möglicher Zollerhöhungen – schafft Unsicherheit für rohstoffexportierende Staaten wie die Mongolei. Zwar ist China mit großem Abstand wichtigster Handelspartner, doch die USA spielten bislang eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Diversifizierung und institutionellen Entwicklung, etwa durch den „Millennium Challenge Water Compact".

Die faktische Einstellung von USAID-Förderungen zwingt die mongolische Regierung dazu, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Im Fokus stehen dabei Organisationen wie die UNDP, UNICEF sowie neue Partnerschaften mit Indien, Südkorea oder den Golfstaaten. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU gewinnen an Bedeutung – allerdings begleitet von Skepsis über die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit und strategische Konsistenz der Europäer.

Der Rückgang amerikanischer Präsenz im entwicklungspolitischen und zivilgesellschaftlichen Bereich hat zudem Auswirkungen auf lokale Strukturen. NGOs und zivilgesellschaftliche Initiativen, die stark auf US-Förderung angewiesen waren, stehen vor existenziellen Herausforderungen. Damit geht ein wichtiger Impulsgeber für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung verloren.

Angesichts der **geopolitischen Verschiebungen** setzt die Mongolei verstärkt auf pragmatische Lösungen, die außenpolitische Flexibilität ermöglichen. Die Priorität liegt auf der Sicherung nationaler Souveränität durch regionale Integration und globale Diversifizierung – nicht durch ideologische Festlegungen. Die Mongolei versteht sich zunehmend als balancierender Akteur in einem multipolaren Umfeld.

Die zweite Amtszeit Trumps zwingt Ulaanbaatar dazu, außen- und sicherheitspolitische Konzepte neu zu bewerten. Dabei treten Werte- und Völkerrechtsorientierung hinter interessengeleitete Entscheidungen zurück. Gleichzeitig wird an der Drittnachbarpolitik festgehalten – allerdings nicht mehr im klassischen Sinne, sondern im Rahmen realistischer und strategisch abgestimmter Kooperationen, die mit den geopolitischen Gegebenheiten kompatibel sind.

Die Mongolei reagiert auf die zweite Trump-Präsidentschaft mit **strategischer Neuausrichtung**. Das Vertrauen in die USA als Garant einer regelbasierten Ordnung ist erschüttert, die Notwendigkeit eigenständiger und flexibler Außen- sowie Wirtschaftspolitik ist gestiegen. Ulaanbaatar setzt auf eine Mischung aus regionaler Integration, globaler Diversifikation und vorsichtiger Interessenpolitik. Dabei bleibt das Ziel, die nationale Souveränität auch in einem unberechenbaren internationalen Umfeld zu sichern.

Philippinen

Im Gegensatz zu vielen anderen US-Partnern und Alliierten, haben die Philippinen Anlass zur Hoffnung, dass ihre engen Beziehungen mit den USA auch unter der neuen Trump-Administration weiterhin Bestand haben. Präsident Marcos hatte im November mit Trump telefoniert und im Anschluss von einem sehr angenehmen und produktiven Austausch gesprochen. Bereits nach der Wahl Trumps im November sprach Marcos davon, die bilateralen Beziehungen im beiderseitigen Interesse ausbauen zu wollen.
Diese optimistischen Äußerungen werden durch zwei wichtige Signale gestützt.

Erstens sind die Philippinen eins von drei Ländern weltweit, die vorzeigt vom Stopp der **US-Militärhilfen** ausgenommen wurden. Zweitens erfahren die Philippinen sehr viel **positive Aufmerksamkeit von hochrangigen Mitgliedern der US-Regierung**. So besuchte der US-amerikanische Verteidigungsminister Pete Hegseth Manila bereits im März als ersten Stopp seiner Asien Reise. In Manila sprach er davon, dass das Bündnis mit den Philippinen „ironclad“ sei und kündigte an, dass Washington weitere moderne Fähigkeiten auf den Philippinen stationieren wird, um China wirkungsvoll abzuschrecken. Ein weiterer hochrangiger Besuch aus den USA ist für April angekündigt, wenn Außenminister Marco Rubio nach Manila reisen wird. Rubio hatte die Philippinen und ihre Auseinandersetzungen mit China bei seiner Anhörung erwähnt, er telefonierte mit dem philippinischen Außenminister nach seiner Ernennung und traf ihn zu Gesprächen bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025. Dabei sicherte er den Philippinen die amerikanische Unterstützung zu.

Diese Entwicklungen und die Tatsache, dass auch unter der ersten Trump-Administration die traditionell sehr engen bilateralen Beziehungen zwischen Manila und Washington gut waren, sind Anlass dafür, dass Experten und Entscheidungsträger in Manila weniger besorgt sind mit Blick auf die kommenden vier Jahre. Auch die Ankündigung, möglicherweise einen zweiten amerikanischen Typhon-Raketenwerfer in den Philippinen zu stationieren, deuten nicht auf einen amerikanischen Rückzug hin. Die grundlegende Annahme in Manila ist, dass die USA China weiterhin als wichtigste Herausforderung sehen. Daraus lässt sich ein starkes US-amerikanisches Engagement im Indo-Pazifik und in den Philippinen ableiten.

Allerdings gibt es auch in Manila Verunsicherung mit Blick auf die **amerikanische Zuverlässigkeit,** vor allem wegen Trumps erratischem Regierungsstil, seinem Transaktionalismus sowie seinen Bemühungen, einen Deal mit Putin über die Ukraine hinweg zu schließen. D In Manila fragt man sich, ob Trump eventuell auch einen Deal mit Xi Jinping eingehen würde, zum Nachteil der Philippinen. Auch die Tendenz, dass Trump

bevorzugt auf direkte Großmachtbeziehungen setzt und Partner nicht einbezieht, ist Anlass zur Sorge.

Die Philippinen haben unter der Marcos-Administration damit begonnen, ihre sicherheitspolitischen Beziehungen zu diversifizieren. Grund ist neben der gestiegenen Bedrohung durch China wohl eine mögliche zweite Amtszeit Trumps gewesen. Vor diesem Hintergrund hat Manila in den vergangenen Monaten eine ganz Reihe von sicherheitspolitischen Abkommen unterzeichnet oder angekündigt, darunter mit Japan, Australien, Kanada, Singapur, Vietnam, Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

Zudem hatte der philippinische Botschafter in den USA seinen Landsleuten, die sich illegal im Land aufhalten, frühzeitig aufgefordert, das Land freiwillig zu verlassen. Auch dieser Schritt kann als mögliche Beschwichtigung Trumps gesehen werden.

Wie sich die **wirtschaftlichen Beziehungen** zwischen den USA und den Philippinen möglicherweise in der aktuellen Legislaturperiode verändern werden, ist bisher unklar. Auch hier werden keine größeren Veränderungen, sondern eher Kontinuität erwartet. Der Handelsüberschuss von den Philippinen in die USA ist im Gegensatz zu anderen Ländern gering.

Zusammenfassend kann man sagen, dass in den Philippinen die Sorge vor einem amerikanischen Rückzug aus den Philippinen oder aus der Region gering ist.

Singapur

Die Erwartungen in Singapur an eine zweite Amtszeit Donald Trumps waren eher zurückhaltend. Zwar hatte er 2017 durch eine Teilnahme am regionalen ASEAN-Gipfel Hoffnungen auf eine vertiefte Zusammenarbeit mit der Region geweckt. Es blieb allerdings seine bisher einzige Teilnahme – 2019 wurde nur noch Trumps Nationaler Sicherheitsberater Robert O'Brien entsandt, was als klare Botschaft an die ASEAN-Staaten verstanden wurde. Dennoch gratulierte der singapurische Premierminister Wong im November Donald Trump zu dessen Wahlsieg und zeigte sich zuversichtlich, die bilateralen sicherheits- und Wirtschaftsbeziehungen weiter zu vertiefen.

Fraglos wird die Politik der USA in Südostasien **nicht mehr als Garant für Stabilität und Sicherheit** wahrgenommen. Präsident Trump stellt nationale Interessen deutlich über multilaterale Verpflichtungen und ist auf China fokussiert. Dies prägt Trumps Wahrnehmung Südostasiens. Präsident Trump präferiert bilaterale Beziehungen, in denen die USA ihr ökonomisches und politisches Gewicht deutlich zur Geltung bringen können. Dies steht im Widerspruch zu den Interessen Singapurs, das auf eine liberale, regelbasierte Weltordnung setzt. Die Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik erschwert es Singapur, langfristige wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strategien zu entwickeln.

Trotz der engen Militärallianz mit den USA bleibt Singapur nicht verschont von den Auswirkungen von Trumps **transaktionaler Wirtschaftspolitik**. Eine zentrale Rolle in dieser neuen globalen Realität spielt der 2. April 2025, der von der Trump-Administration als „Liberation Day" bezeichnet wurde. An diesem Tag verhängte die US-Regierung einen pauschalen Zoll von 10 % („Baseline Tariffs") auf die Importe aus Singapur. Eine singapurische Reaktion blieb bisher aus. In einer Videoansprache forderte der Premierminister Wong die singapurischen Bürger auf, sich auf weitere wirtschaftliche Schocks vorzubereiten. Der Stadtstaat stehe auf einer starken Grundlage, die auf Fürsorge, Respekt und Solidarität basiert, müsse aber angesichts globaler Unsicherheiten vorsichtig sein. Trumps Zollentscheidung verstößt gegen das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Singapur, USSFTA. Der Stadtstaat profitiert von einem offenen, marktwirtschaftlichen Modell, das stark auf den freien Fluss von Waren und Dienstleistungen angewiesen ist. Die protektionistische Handelspolitik der Trump-Administration beeinflusst den Welthandel und das Wirtschaftswachstum einzelner Staaten direkt. Besonders kleine, handelsabhängige Länder wie Singapur leiden unter sinkender Nachfrage: Höhere US-Zölle auf chinesische Importe verteuern die Produktion amerikanischer Unternehmen, die auf chinesische Waren angewiesen sind. Dies verringert ihr Kapital für Importe und Investitionen, auch in Singapur. Dadurch

wird das nationale Wirtschaftswachstum gebremst, und der Arbeitsmarkt gerät unter Druck.

Trotz Befürchtungen über ein langsameres Wirtschaftswachstum als Folge der neuen US-Handelspolitik eröffnen sich für Singapur auch **Chancen**. Zölle auf chinesische Ware könnten zu Folge haben, dass die US-amerikanische Nachfrage nach genau diesen Produkten in Singapur zunimmt. Es lässt sich bereits feststellen, dass das Interesse singapurischer Firmen an einer Lizenzierung durch die United States Food and Drug Administration (FDA) wächst, um Lebensmittel, Kosmetika, medizinische Geräte und Arzneimittel auf dem US-Markt anbieten zu können. Die US-Zölle auf chinesische Waren könnten dazu führen, dass diese nicht mehr in die Vereinigten Staaten, sondern verstärkt in den südostasiatischen Raum exportiert werden. Für lokale singapurische Unternehmen bedeutet dies wachsenden Preisdruck, da sie mit den preisgünstigen chinesischen Produkten nur schwer konkurrieren können.

Singapur steht den durch Trumps Außenpolitik ausgelösten Veränderungen und wirtschaftlichen Schocks kritisch gegenüber, doch es erkennt zugleich die Notwendigkeit, sich an die **neue geopolitische Realität** anzupassen. Während Außenminister Vivian Balakrishnan vor einem wachsenden wirtschaftlichen Decoupling zwischen den USA und China warnt, betont der ehemalige Premierminister Lee die Bedeutung einer strategischen Neuausrichtung. Singapur setzt daher auf eine diversifizierte Handelsstrategie und stärkt seine Beziehungen zu aufstrebenden Mächten wie China, Indien und der EU. Gleichzeitig erhofft es sich, seine engen Beziehungen zu den USA zu wahren. In einer Zeit wachsender geopolitischer Spannungen wird es für Singapur entscheidend sein, flexibel zu bleiben und seine Position als stabiler, verlässlicher Partner in der globalen Wirtschaft zu behaupten. In den Worten des Premiers Wong: “while there are dark clouds ahead, we can look forward still with confidence in ourselves, because here in Singapore, we have always faced challenges with grit and determination”.

Thailand

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der US-Wahl sprach Premierministerin Paetongtarn Shinawatra dem Wahlsieger unverzüglich ihre Glückwünsche aus und betonte die ungebrochene Verpflichtung ihres Landes zur Stärkung der Allianz mit den Vereinigten Staaten. Sie bekräftigte ihre Bereitschaft, eng mit der kommenden Administration zusammenzuarbeiten und telefonierte am 19. November 2024 mit Donald Trump.

Die US-thailändischen Beziehungen sind historisch gewachsen und bleiben trotz wachsendem chinesischem Einfluss zentral. Bangkok verfolgt mit seiner „Bambus-Diplomatie“ einen ausbalancierten Kurs zwischen allen Partnern – auch im Streben nach BRICS- und OECD-Mitgliedschaft.

Seit der Wahl Trumps versucht die thailändische Regierung, sich auf Veränderungen der Rahmenbedingungen vorzubereiten, gepaart mit verstärktem diplomatischem Engagement. Im Bereich der **Wirtschafts- und Handelspolitik** ist dies vor dem Hintergrund, dass die USA Thailands größter Exportmarkt sind, geradezu existentiell. Der Handelsbilanzüberschuss Thailands lag im Jahr 2024 bei 35,4 Milliarden US-Dollar. Entsprechend alarmiert zeigte sich die thailändische Regierung, als der US-Präsident am 2. April 2025 Thailand einen **Zollsatz von 36 Prozent** auferlegte. Premierministerin Shinawatra gab in einer offiziellen Erklärung an, mit den USA schnellstmöglich in Verhandlungen zu treten. Sie sprach von einem „robusten Plan“, um die wirtschaftlichen Schäden abzufedern und Wachstumsziele einzuhalten.

Einzelheiten dieses Plans gab sie am 6. April bekannt. Diese umfassen v.a. die **Steigerung von Importen aus den USA**, um Handelsüberschüsse zu reduzieren. Zudem wolle man Erleichterungen für thailändische Investoren in den USA sowie weniger Hürden für den Import bestimmter thailändischer Produkte aushandeln. Der Export von nur vorgeblich thailändischen, in Wahrheit aber aus anderen Ländern wie China stammenden Produkten hingegen soll unterbunden werden. Für langfristige Anpassungen habe die Regierung eine Arbeitsgruppe gegründet, um die Herausforderungen zu analysieren und gemeinsam mit der Privatwirtschaft Bewältigungsstrategien zu erarbeiten. Teilnehmen würden auch Vertreter der USA. Der stellvertretende Premierminister, zugleich Finanzminister Thailands, reiste nach Trumps Zollankündigung für bilaterale Gespräche mit einer Delegation in die USA. Thailand sei „nicht nur ein Exportland, sondern ein langfristiger Verbündeter und verlässlicher wirtschaftlicher Partner der USA“, wie sie betonte.

Die Maßnahmen fallen auf vorbereiteten Boden: Wenngleich nicht in diesem Ausmaß, hatte die thailändische Regierung mit Amtsantritt von Donald Trump eine aggressive

Zollpolitik antizipiert. Im Januar wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine umfassende Anpassungsstrategie entwickeln sowie Verhandlungsrichtlinien für den bilateralen Handel aufzeigen sollte. Auch wurden Gespräche mit dem US-Handelsbeauftragten und dem thailändischen Handelsminister anvisiert, um Möglichkeiten der Reduzierung von Einfuhrzöllen auf bestimmte Produkte zu thematisieren. „Vergeltungsmaßnahmen“ wurden nicht angekündigt, die thailändische Regierung setzt ungebrochen auf Dialog. Hinzu kommt das Bestreben, neue Märkte und Partnerschaften zu erschließen, verstärkt auf multilaterale Abkommen wie ASEAN zu setzen, um die Abhängigkeit von den USA zu verringern.

Die **wirtschaftlichen Folgen** für Thailand sind erheblich. Besonders besorgt zeigen sich Unternehmen in der Automobil-, Elektronik- und Textilindustrie, die mit einem schmerzhaften Verlust von Marktanteilen und einem Anstieg der Produktionskosten rechnen. Die thailändische Automobilindustrie wurde empfindlich getroffen. So könnte schon allein der 10%-Zoll auf thailändische Produkte zu einem Verlust von rund 3,1 Milliarden US-Dollar bei den Exporten führen.

Mit Blick auf **geopolitische Spannungen und Sicherheitsanliegen** äußerten Regierungsvertreter bezüglich der neuen Trump-Administration keine wesentlichen Erwartungen oder Befürchtungen und ergriffen entsprechend keine Maßnahmen. Die Tendenz, sich auch in diesem Bereich mehr „umzuschauen“, ist von der Trump-Administration unabhängig. Von China etwa wird ein erheblicher Anteil an Rüstungsgütern bezogen und gemeinsame Militärmanöver abgehalten. Gleichzeitig hat Thailand sein Engagement für „**Cobra Gold**“, das älteste und größte jährliche multinationale Militärmanöver im indo-pazifischen Raum, verstärkt. 2025 fand die Militärübung vom 25. Februar bis zum 7. März in Korat, Thailand, statt. Cobra Gold ist ein Symbol für die robuste Allianz zwischen Thailand und den USA und Demonstration der gemeinsamen Stärke.

Die Kürzung der US-Entwicklungshilfe betrifft Thailands Aufnahme von Asylsuchenden aus Myanmar sowie die Aufräumarbeiten nach dem Erdbeben Anfang April. Eine deutlich größere Belastung für bilaterale Verhältnis ist jedoch ein Vorgang im März 2025. Die thailändische Regierung führte eine Gruppe von aus China geflohenen Uiguren nach China zurück. US-Außenminister Marco Rubio kündigte Visa-Beschränkungen für derzeitige und ehemalige thailändische Regierungsbeamte an, die an der von Washington als Deportation betrachteten Maßnahme beteiligt waren. Akademiker und politische Analysten warnen, dass dies ein erster Schritt zu mehr Sanktionen bedeuten und weitere Zugeständnisse an China zu menschenrechtlichen Verwerfungen und Spannungen im außenpolitischen Spagat Thailands zwischen den Großmächten führen könne.

Vietnam

Im Jahr 2025 jährt sich mit dem Jahrestag des Falls von Saigon, heute Ho-Chi-Minh-Stadt, am 30. April das Ende des Vietnamkriegs zum fünfzigsten Mal. Zugleich feiern Vietnam und die USA das 30. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Aus den einstigen Kriegsgegnern sind längst enge Partner geworden: Seit 2023 besteht eine „**umfassende, strategische Partnerschaft**“ zwischen Hanoi und Washington. Die Partnerschaft Amerikas mit Vietnam hat sich in den vergangenen Jahren in allen Bereichen intensiviert, von der Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer Halbleiterindustrie bis hin zu sicherheitspolitischen Kooperationen. Premierminister Chinh gratulierte Trump zu dessen Wahlsieg und zeigte sich zuversichtlich, die enge bilaterale Partnerschaft unter Trump weiter ausbauen zu können.

Die Relevanz Vietnams für Washington liegt dabei in seiner Lage am Südchinesischen Meer und als Investitionsstandort im Zuge eines **„China plus 1“-Ansatzes** begründet. Vietnam war größter Profiteur des unter Trump begonnen Handelskonflikts mit China und gewann dadurch an Attraktivität als Investitionsstandort. Allerdings hatte Trump in diesem Kontext in einem Interview 2019 Vietnam als „the single worst abuser of everybody“ bezeichnet.

In der vietnamesischen Bevölkerung genießt **Trump einen positiven Ruf** aufgrund seines Images als „Business Man and Deal Maker“ und seiner China-kritischen Haltung. Vietnamesische Entscheidungsträger **blickten zuversichtlich auf eine zweite Trump-Administration** und sahen Vietnam gut vorbereitet, mit dem transaktionalen Ansatz Trumps umgehen zu können. Allerdings gab es bereits in den ersten Wochen der neuen Administration für Vietnam nachteilige Entscheidungen. So wurden im Rahmen der Abwicklung von USAID die Programme zur Beseitigung der durch Agent Orange von Dioxin-vergifteten Böden eingestellt und ein Rückzug der USA aus der Just Energy Transition Partnership (JETP) mit Vietnam verkündet. Diese Partnerschaft wurde ursprünglich ins Leben gerufen, um Vietnam bei der Umstellung auf saubere Energie zu unterstützen.

Vietnam verfolgt eine **Politik der strategischen Autonomie**. In diesem Kontext hat man auch nach dem Beginn des Ukrainekriegs weiterhin enge Beziehungen mit Russland gepflegt. Durch den neuen außenpolitischen Kurs Trumps gegenüber Russland sieht sich Vietnam im eigenen außenpolitischen Handeln bestätigt. Zugleich registriert die Regierung die weitgehende Kontinuität in der US-Indopazifik-Politik und die Fokussierung auf China. Für die begrenzte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Washington ist unter der neuen Trump-Administration eine Fortschreibung zu erwarten. Der für April antizipierte Kauf von militärischen Transportflugzeugen und gegebenenfalls F-16

Kampflugzeugen hebt die rüstungspolitische Kooperation auf eine neue Ebene – und ist aus Sicht der USA zugleich ein Beitrag zur Verbesserung der unausgeglichenen bilateralen Handelsbilanz. Denn in diesem Bereich bestehen die größten Risiken für das Verhältnis zwischen Vietnam und den USA.

Im Jahr 2024 waren **die USA der zweitgrößte Handelspartner Vietnams** und das wichtigste Ziel vietnamesischer Exporte. Umgekehrt wurde Vietnam zur sechstgrößten Quelle für US-Importe. Der Handelsüberschuss Vietnams mit den USA erreichte einen neuen Rekord von 123,5 Milliarden US-Dollar, bei einem gesamten Handelsvolumen in Höhe von 149,6 Milliarden US-Dollar. Vietnam steht damit in der Rangliste der Länder mit den größten Handelsbilanzüberschüssen mit den USA hinter China und Mexiko auf Platz drei. Als bedeutender Lieferant von Waren in die USA könnten Trumps Zölle vietnamesische Exporteure daher erheblich beeinträchtigen. Um die Trump-Administration gewogen zu stimmen, verfolgt Vietnam einen dreifachen Ansatz.

Zum ersten betreibt Vietnam eine **gezielte Diversifizierung der Handelspartner**. Vietnam ist Mitglied in 18 bi- und multilateralen Freihandelsabkommen, als einziges asiatisches Schwellenland unterhält Vietnam ein Freihandelsabkommen mit der EU.

Zum zweiten hat sich Vietnam verpflichtet, die **Importe amerikanischer Waren zu erhöhen**, eigene Zölle zu senken und weitere Handelshemmnisse abzubauen. Die Zölle auf US-Flüssiggas (LNG), US-amerikanische Autos und auf Ethanol wurden gesenkt. In Aussicht gestellt wurde auch die Senkungen der Abgaben auf andere Importe wie Nahrungsmittel und Holzprodukte. Ebenso ist zu erwarten, dass die Fluglinien Vietnam Airlines und VietJet Großaufträge mit dem US-Luftfahrtunternehmen Boeing abschließen werden. Eingebettet ist dies in eine proaktive **diplomatische Charmeoffensive**. Im März reiste der vietnamesische Industrie- und Handelsminister als Sonderbeauftragter des Premierministers nach Washington D.C., um sich mit dem US-Handelsbeauftragten zu treffen. In diesem Zusammenhang wurden auch Absichtserklärungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit von über 90 Milliarden US-Dollar zwischen vietnamesischen und US-amerikanischen Unternehmen unterzeichnet. Ebenfalls im März wurde bekannt, dass die vietnamesische Regierung Elon Musk erlaubt, seinen Starlink-Satelliten-Internetdienst zunächst bis 2030 anzubieten, während Space X die volle Kontrolle über die vietnamesische Tochtergesellschaft behält und so die strengen Beschränkungen des ausländischen Eigentumsrechts in Vietnam umgehen darf.

Der dritte Ansatz ist unter dem Schlagwort **Golf-Diplomatie** zusammenzufassen und dürfte ein Alleinstellungsmerkmal Vietnams im Umgang mit US-Präsident Trump darstellen. Ziel ist, die Gewogenheit der US-Administration durch wirtschaftliche Vorteile für das persönliche Umfeld des Präsidenten zu erlangen. So wurde im Herbst vergangenen Jahres bekannt, dass die Trump Organization und ihr Partner in Vietnam an

mehreren Milliarden-Dollar-Investitionen in Golfplätze, Hotels und Immobilienprojekte arbeiten. Die Trump Organization unter Leitung von Eric Trump wird die Einrichtungen betreiben. Mitte März empfing der vietnamesische Premierminister den für Vietnam zuständigen Projektdirektor der Trump Organization und sicherte die Unterstützung der Regierung für die Investmentpläne zu.

Die Verhängung der zwischenzeitlich ausgesetzten sogenannten **reziproken US-Zöllen in Höhe von 46 Prozent** überraschte Vietnam sehr. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, To Lam, telefonierte am 4. April mit US-Präsident Trump und stellte eine vollständige Zollfreiheit für US-Waren in Aussicht. Ein hochrangiges vietnamesisches Verhandlungsteam wurde unmittelbar mit den Verhandlungen mit der US-Administration beauftragt. Es bleibt abzuwarten, ob es Vietnam mit seinem proaktiven Vorgehen und den vorgesehenen Deals zum persönlichen Vorteil der Trump-Familie gelingt, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten unter Trump in stabile Bahnen zu lenken und die hohen Strafzölle abzuwenden. Dass nun die Feierlichkeiten zum Fall Saigons am 30. April ohne offizielle US-Vertreter stattfinden soll, ist kein gutes Omen.

RP Zentralasien

Die Regierungen Zentralasiens haben bislang keine offiziellen Stellungnahmen zu Donald Trump und seiner Politik abgegeben. Eine Einschätzung erfolgt vor allem auf Expertenebene, wo verschiedene Szenarien diskutiert werden.

Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan spielen als **politische und wirtschaftliche Partner** der USA nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Handelsvolumen mit den Vereinigten Staaten bleibt im globalen Vergleich gering. Die wesentlichen Handelspartner sind China, Russland und die EU. Konkret heißt das: Während Usbekistan verstärkt auf engere Wirtschaftsbeziehungen mit Europa setzt, bleibt der Handel mit den USA begrenzt. Kirgisistan und Tadschikistan sind wirtschaftlich stark von Russland und China abhängig und unterhalten nur minimale Handelsbeziehungen zu den USA. Turkmenistan konzentriert sich auf den Export von Erdgas, insbesondere nach China, während wirtschaftliche Verbindungen zu den USA kaum eine Rolle spielen.

Auch in der US-Außenpolitik spielt Zentralasien keine prioritäre Rolle und es ist unwahrscheinlich, dass sich daran etwas ändert. Die USA verfolgen in der Region eine weitgehend konstante Politik. Ein zentrales außenpolitisches Instrument ist das Format „C5+1“, in dem sich die USA mit den fünf zentralasiatischen Staaten austauschen. Dieses Format wird voraussichtlich unverändert fortgeführt.

Größeren Einfluss auf Zentralasien könnte jedoch **Trumps Politik gegenüber Russland und China** haben. Ein verschärfter wirtschaftlicher Konfrontationskurs gegenüber China sowie mögliche neue Sanktionen gegen Russland – etwa im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg – könnten sich indirekt auf die Region auswirken. Gleichzeitig könnten US-Zölle auf chinesische Produkte paradoxerweise Chinas wirtschaftliche Dominanz in Zentralasien weiter verstärken, da sie eine verstärkte Umorientierung chinesischer Unternehmen auf alternative Märkte nach sich ziehen könnte. Dennoch könnten die USA versuchen, ihre **wirtschaftliche Präsenz** in Zentralasien auszubauen – etwa durch Investitionen in Infrastrukturprojekte, die alternative Handelsrouten jenseits von Russland und China schaffen.

Auch die **sicherheitspolitische Zusammenarbeit** könnte stärker in den Fokus rücken. Es zeichnet sich bereits ab, dass unter Trump Demokratie- und Menschenrechtsthemen eine geringere Rolle spielen werden als wirtschaftliche und geopolitische Interessen. Ein Indiz dafür ist der weitgehende Rückzug vieler USAID-Programme aus der Region, wovon insbesondere Kirgisistan betroffen ist. Das Land unterscheidet sich von seinen Nachbarn durch eine aktive Zivilgesellschaft, die jedoch in hohem Maße von internationalen Geldgebern abhängig ist. Der Wegfall internationaler, darunter auch US-amerikanischer,

Unterstützung könnte daher zu einer Schwächung der kirgisischen Zivilgesellschaft führen – ein Umstand, der der aktuellen politischen Elite des Landes zugutekommen könnte.

Zudem könnte Washington ein wachsendes Interesse an den Rohstoffvorkommen Zentralasiens entwickeln, insbesondere an seltenen Erden. Die Region verfügt über beachtliche Reserven dieser strategischen Ressourcen, wobei Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan als potenzielle Partner für die USA besonders in Betracht kommen. Hintergrund ist die derzeitige Marktdominanz Chinas, die den Zugang der USA zu seltenen Erden einschränken.

Nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus treibt Präsident Trump die Verschärfung der **Migrationspolitik** entschieden voran, indem er umfangreiche Razzien zur Aufdeckung illegaler Migranten und deren Abschiebung anordnet. Laut eigenen Angaben richten sich diese Maßnahmen ausschließlich gegen illegale Einwanderer und Personen mit kriminellem Hintergrund. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass nicht nur illegale Migranten betroffen sind. Auch Personen mit legalem Aufenthaltsstatus sehen sich zunehmend strengeren Kontrollen, neuen administrativen Hürden und einer intensiveren Überprüfung ihrer Aufenthaltsrechte ausgesetzt. Diese Entwicklungen stellen Migranten aus Zentralasien vor neue Herausforderungen. Derzeit befinden sich mehr als 1.000 Zentralasiaten in Abschiebehaft. Unter ihnen stellen Usbeken mit 975 Personen die größte Gruppe, gefolgt von Kasachen (369), Kirgisen (319), Tadschiken (149) und Turkmenen (40).

Insgesamt bleibt die künftige US-Politik unter Trump gegenüber Zentralasien offen. Die Region dürfte für die USA weiterhin von nachgeordneter Bedeutung bleiben. Dennoch könnten geopolitische Entwicklungen zwischen den Großmächten neue Herausforderungen und zugleich Chancen für Zentralasien mit sich bringen.